

Kurzmeldungen 7-9/14

Appell für Friedenspolitik

Bundespräsident Gauck und die Minister Steinmeier und von der Leyen haben eine Debatte über ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands angestoßen. Die Herausgeber eines Appells fordern für deutsche Außen- und Sicherheitspolitik die Entwicklung einer aktiven Friedenspolitik mit dem Vorrang für zivile Mittel, Stopp von Waffenexporten, die globale Fokussierung auf die Millenniumsentwicklungsziele und die Stärkung der Rolle der UNO.

Quelle: www.bevor-es-zu-spät-ist.de/der_appell

Irak und IS

Seit Anfang Juni 2014 wurde in den Medien von einer islamistische Armee „Islamischer Staat“ (IS, ein ehemaliger Zweig von Al Kaida Irak) berichtet. Sie beherrscht mit anderen Gruppen zusammen das syrische Euphrat-Tal. Von Syrien her marschierte sie in den Irak ein und eroberte binnen weniger Tage große Teile des Nordens des Landes einschließlich Mossul (dem Sitz der irakischen Zentralbank), und machte sich dann auf den Weg Richtung Bagdad. Mit dem IS haben sich die irakischen Sunniten nach dem Terror der schiitischen Regierung gegen sunnitischen Nomadenstämme in der Provinz Anbar verbündet und Soldaten und Offiziere der ehemaligen irakischen Armee.

Am 29. Juni rief der IS ein „Kalifat“ aus, einen islamischen Staat, der sowohl Teile des Iraks wie Syriens umfassen soll. Zugleich gibt es auch Kämpfe in den Grenzgebieten zu Jordanien und dem Libanon.

Die aktuelle Krise im Irak hat nach Schätzungen der UNO rund 1,2 Mio Menschen im Irak in die Flucht trieben. Am 14. Juni rief die UNO den höchsten Notstandsgrad einer humanitären Krise aus. Rund 200.000 Vertriebene sollen sich in der irakisch-kurdischen Provinz Dohuk aufhalten, 50.000 in das Bürgerkriegsland Syrien geflohen sein. Tausende Menschen, vor allem Angehörige der Religionsgemeinschaft der Yeziden, flohen in das Sindschar-Gebirge. Ihre Notlage und die Befürchtung, daß es zu einem Genozid kommen könnte, veranlassten die USA am 7.8.14, Luftschläge gegen den IS im Irak durchzuführen. Nach UN-Angaben haben inzwischen 80.000 Menschen das Gebirge wieder verlassen. Die Zahl der Todesopfer liegt nach Angaben des Menschenrechtsbüro der UN Mission Irak (UNAMI-Bericht vom Juli 2014) bis einschließlich Juli dieses Jahres bei über 5.000 Zivilisten. Über 9.000 sind verletzt worden. Im Juni sind über 1.500 Menschen getötet und über 1.700 verletzt worden, etwa doppelt so viele Tote wie im Januar 2014. 1,2 Millionen wurden innerhalb des Landes vertrieben, davon mehr als die Hälfte alleine seit Juni 2014. Inzwischen dürften diese Zahlen noch erheblich angestiegen sein.

Quelle: www.tagesschau.de 14.8.2014, FAZ 14.8.2014, Karl Grobe auf www.ixpaix.de

Waffenexporte an Kurden

Seit August begann in Deutschland eine intensive Diskussion darüber, ob Deutschland wie die USA Waffenlieferungen an die irakischen Kurden liefern soll. Seit dem 14.8.14 hat die Bundesregierung erklärt, Waffen an die Kurden im Nordirak zu liefern. Im Bundestag

wurde darüber diskutiert, wobei die Bundesregierung bereits vorher betonte, daß sie sich nicht an das Votum des Bundestages gebunden fühlt.

Der Endverbleib der Rüstungslieferungen an Gruppierungen, die Kriege führen und die Menschenrechte mit den Füßen treten, kann aber nicht garantiert werden. Die exportierten Waffen in das Pulverfass des Nahen Ostens werden jahrzehntelang bei folgenden Militäreinsätzen destabilisierend wirken.

Quelle: www.tagesschau.de

NATO plant neue Eingreiftruppe

Im Februar 2014 besetzten russische Truppen die Krim und betreiben eine Invasion im östlichen Teil der Ukraine. Dieser Krieg Russlands gegen die Ukraine ist bereits seit Anfang 2013 von Russland geplant worden.

Der neue russische Generalstabschef Walerij Gerassimow hielt Ende Januar 2013 eine Rede vor der Jahresversammlung der Russischen Akademie für Militärwissenschaft. Darin forderte er die Anwendung einer neuen Form der Kriegsführung: „breit gestreuter Desinformation, von politischen, ökonomischen, humanitären und anderen nichtmilitärischen Maßnahmen, die in Verbindung mit dem Protestpotential der Bevölkerung zum Einsatz kommen“. Militärische Maßnahmen sollen einen „verdeckten Charakter“ haben: Dazu gehörten Angriffe auf Informationssysteme und der Einsatz von Spezialtruppen. „Der offene Einsatz von Truppen – oftmals unter dem Deckmantel von Friedenserhaltung und Krisenbewältigung – kommt erst zu einem späten Zeitpunkt in Betracht, vor allem, um in einem Konflikt endgültig zu gewinnen“, sagte Gerassimow. Bereits im September 2013 fand ein Manöver an der russischen Westgrenze zum Baltikum und in Weißrussland statt. Nach offizieller Darstellung wurde die gemeinsame Verteidigung russischer und weißrussischer Einheiten gegen einen Angriff „illegaler bewaffneter Gruppen“ auf Weißrussland geübt. Diese Truppen haben einen Einsatz geübt, wie er später auf der Krim und in der Ostukraine stattfand.

Seit Dezember 2013 wurden dann russische Truppen über Monate hinweg in kleinen Gruppen auf die Krim verlegt. Im Februar sollte Janukowitsch nach ukrainischen Berichten ein Dokument unterzeichnen, mit dem er Russland formal um militärische Hilfe bat – was der ukrainische Präsident jedoch ablehnte.

Als Reaktion auf den Ukraine-Krise wollen 7 Nato-Staaten eine gemeinsame Eingreiftruppe schaffen. Unter britischer Führung soll eine neue Eingreiftruppe mit bis zu 10.000 Soldaten für weltweite Einsätze entstehen. Der Einheit in der Größe einer Division sollten sowohl Bodentruppen als auch Luftstreitkräfte und Marineeinheiten angehören und sie soll unter britischer Führung stehen. Vorbild sei das gemeinsame Britisch-Französische Expeditionskorps, das im Jahr 2016 einsatzbereit sein soll. Bis jetzt sind Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Norwegen und die Niederlande am Aufbau der Truppe beteiligt. Kanada habe ebenfalls Interesse bekundet. Es sollen Waffen- und Materiallager für alle im Wechsel in Osteuropa stationierten Truppen angelegt werden. Die neue Krisen-Eingreiftruppe soll mit 5.000 Soldaten innerhalb von 2-5 Tagen kampfbereit sein.

Quelle FAZ, 7.9.14, 30.8.14

www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/putin-hat-invasion-der-ukraine-seit-2013-geplant-13139313.html

GAU in Ukraine möglich

Nur 200 km von der Kampfzone entfernt befindet sich das AKW Saporischschja, das als größtes Europas gilt. Es sei gegen einen direkten Beschuss kaum geschützt, sagt Greenpeace-Atomexperte Tobias Münchmeyer.

Michael Sailer, Atomexperte des Ökoinstituts in Darmstadt, wies darauf hin, dass ein Ausfall der Stromversorgung über mehrere Stunden zu einer Kernschmelze führen könne. Derzeit sind in der Ukraine 15 Reaktoren an vier Standorten in Betrieb. Sie decken rund die Hälfte des Strombedarfs in dem Land ab.

Quelle: FAZ 30.08.2014

EEG-Gesetz

Der Bundesverband Erneuerbare Energien e.V. hat von Dr. Nitsch ein Szenario („GROKO – II“) erarbeiten lassen, in dem auf Basis der Ausbauziele des neu beschlossenen EEG-Gesetzes die zu erwartende Reduktion der CO₂-Emissionen errechnet wird.

Das Ergebnis ist: statt des angestrebten CO₂-Rückgangs des um 40% gegenüber 1990 werden nur 29% erreicht. Der Anteil der erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch von 18% im Jahr 2020 wird mit 16% ebenfalls verfehlt. Es würde bei der Stromversorgung ein Anteil aus erneuerbaren Energien des Jahres 2025 von 40 bis 45% nur dann erreicht, wenn der Ausbau von Meereswindparks wie geplant umgesetzt würde. Das ist jedoch unwahrscheinlich.

Neben dem Ausbau der Erzeugung von Elektroenergie aus erneuerbaren Energieträgern ist eines der Hauptprobleme das Fehlen einer wirksamen Effizienzpolitik bei der Durchsetzung der Erneuerbaren Energien. Neben der Einsparung des Energieverbrauchs ist ein hohes Wachstum der Wärmenutzung aus erneuerbaren Energieträgern notwendig. Der Ausbau dezentraler Anlagen zur Bereitstellung solarer Wärme, Umweltwärme, Nutzung von Abwärme und Geothermie muß erheblich beschleunigt werden.

Globaler CO₂-Ausstoß

Der weltweite CO₂-Ausstoß steigt 2013 erstmals auf über 35 Mrd Tonnen, die aus fossilen Energieträgern in die Atmosphäre emittiert wurden. Das ist ein Anstieg um 1,9% und seit der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2009 (31,1 Mrd. t) der fünfte Anstieg in Folge.

Das CO₂-Länderranking 2013 führt

China mit 9,5 Mrd. t (2012: 9,1 Mrd. t) vor den

USA mit 5,9 Mrd. t (2012: 5,8 Mrd. t),

Indien mit 1,9 Mrd. t (2012: 1,8 Mrd. t) und

Russland mit 1,7 Mrd. t (2012: 1,7 Mrd. t) an.

Auf Platz fünf folgt Japan mit 1,4 Mrd. t (2012: 1,4 Mrd. t) vor

Deutschland mit 0,84 Mrd. t (2012: 0,82 Mrd. t).

Quelle: sonnenseite.com 16.8.14

IWR Münster www.cerina.org/co2-2013

Bundesrechnungshof kritisiert Energiepolitik

Der Bundesrechnungshof hält die deutsche Atom- und Energiepolitik für unkoordiniert, überstürzt und zu teuer. Demnach kritisiert die Behörde, dass die Bundesregierung

„keinen hinreichenden Überblick über die finanziellen Auswirkungen der Energiewende“ habe. „Bei Bund und Ländern seien 24 Gremien mit der Energiewende befasst, was ebenfalls „ein inhaltlich abgestimmtes und zielführendes Handeln“ erschwere.
Quelle: sonnenseite.com 22.8.14, www.bundesrechnungshof.de/de

Neuer EU-Energiekommissar

Miguel Arias Cañete wird der neue EU-Kommissar für Energie und Klima. Cañete war bis zu seiner Wahl ins Europaparlament spanischer Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt. Der 64-jährige Jurist gehört der konservativen Partei Partido Popular an. Bis 2012 war er Präsident der Ölfirma Petrolífera Ducar S. L.

Umweltschützer sehen ihn als jemand, der enge Verflechtungen mit der Ölindustrie habe, und wohl kaum das Klima schützen und die Energiewende vorantreiben könne. Während seiner Amtszeit in Madrid unterstützte Cañete die konservative spanische Regierung dabei, Fracking zu erleichtern.

Quelle: energiezukunft, sonnenseite.com 12.9.14

Fracking

Nach einem internen Eckpunktepapier von Bundesumwelt- und -wirtschaftsministerium soll Fracking weitgehend verboten werden – allerdings nur bis 3.000m unter Tage. Konventionelles Fracken soll weiterhin erlaubt bleiben. Nach der Sommerpause sollen die neuen Regeln beschlossen werden. Wasserschutz- und Heilquellengebiete sowie Einzugsbereiche von Talsperren, Seen und Trinkwasserreserven sollen besonders geschützt werden: Hier wird das Fracking ganz verboten. Zudem muss das Gemisch aus Sand, Chemikalien und großen Mengen Wasser, das beim Fracking unter hohem Druck in den Boden gepresst wird, umweltverträglich sein und nicht das Grundwasser gefährden. Der Rückfluss des Lagerstättenwassers soll demnach stärker überwacht werden. Dazu sollen das Wasserhaushaltsgesetz und das Bundesberggesetz nach der Sommerpause entsprechend umgeschrieben werden.

Quelle: www.klimaretter.info/politik/hintergrund/16758-regierung-will-frackingverbot
4.7.14

Atommüll

Über die letzten Jahrzehnte haben die Atomkonzerne etwa 210 Mrd Euro an Subventionen vom Staat bekommen. Durch die beschlossene Laufzeitverlängerung der AKWs können die AKW-Betreiber weitere 200 Mrd Euro Gewinne erzielen. Mit den Rücklagen für den Atommüll haben die Atomkonzerne in den letzten Jahren einen Gewinn von 70 Mrd Euro gemacht.

Bald wollen sie sich aus dem Staub machen und die Kosten für den Abriß der AKW und die Entsorgung des Atommülls dem Steuerzahler zuschieben.

Bisher haben die Atomkonzerne nur 36 Mrd Euro an Rückstellungen dafür gebildet. Wenn dieses Geld verbraucht ist, wird der Staat einspringen müssen, da er zuläßt, daß die Energiekonzerne den Betrieb der AKWs in Betreibergesellschaften auslagern. Das Nachrichtenmagazin Monitor hat festgestellt, daß die Beherrschungsverträge und damit die Haftung für die Betreibergesellschaften 2022 ausläuft.

Die 36 Mrd. Euro werden nicht ausreichen, wenn man bedenkt, daß die Rücklage für den Abriß von über 100 Atomreaktoren und für die vorhandenen und noch nicht vorhandene Atommüll-Lager in Deutschland reichen muß. Diese müssen über Jahrmillionen gesichert werden. Bereits heute stürzen die beiden vorhandenen Atommüll-Lager Asse und Morsleben ein und drohen das Grundwasser radioaktiv zu verseuchen, wenn man den Atommüll nicht wieder aus den Bergwerken zurückholt.

Quelle: Monitor

www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2014/0710/atom.php5

Holzöfen

Ab 2015 gelten neue Grenzwerte für die Staub- und Kohlenmonoxidemissionen von alten Holzheizkesseln und -öfen. Zu diesem Zeitpunkt laufen Übergangsregelungen der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen (kurz: 1. BImSchV) aus.

Für mit festen Brennstoffen, wie Holz, betriebene Heizkessel, die vor dem 1.1.95 errichtet wurden, müssen ab 2015 die Emissionsgrenzwerte der Stufe 1 der 1.

Bundesimmissionsschutz-Verordnung eingehalten werden. Dabei handelt es sich meist um Anlagen, die ein ganzes Haus oder eine Wohnung mit Heizwärme versorgen. Außerdem müssen Öfen und Kamine, die zur Beheizung von Einzelräumen dienen und vor 1975 errichtet wurden, ebenfalls ab 2015 anspruchsvolle Emissionsgrenzwerte einhalten. Die Feststellung zur Einhaltung der Emissionsgrenzwerte für Heizkessel und Einzelraumfeuerungsanlagen erfolgt über das Schornsteinfegerhandwerk.

Für Öfen, die zwischen dem 1.1.75 und dem 21.3.10 errichtet wurden sowie für Heizkessel, die zwischen dem 1.1.95 und dem 21.3.10 errichtet wurden, laufen die Übergangsfristen je nach Baujahr zwischen 2017 und 2025 aus. Öfen und Kessel, die ab dem 22.3.10 eingebaut wurden, darf man unbegrenzt weiterbetreiben.

Um die Übergangsregelung sozialverträglich zu gestalten, gibt es in der 1. BImSchV mehrere Ausnahmen: Öfen und Kamine, die die einzige Heizmöglichkeit einer Wohneinheit darstellen, sind von der Nachrüstverpflichtung ebenso ausgenommen wie historische Öfen, Herde, Badeöfen, offene Kamine und handwerklich vor Ort gesetzte Grundöfen.

Auch für neue Heizkessel und Öfen treten ab 2015 veränderte Anforderungen in Kraft: Wer ab 1.1.15 ein neues Gerät kauft, muss die Emissionsgrenzwerte der Stufe 2 der 1. BImSchV beachten.

Quelle: Umweltbundesamt

Stromspeichertechnik

Der BDEW wirbt zur Zeit für neue Stromspeichertechniken. Jetzt hat eine Studie des Regensburger Energiespeicherexperten Sterner ergeben, daß Stromspeicher noch so teuer sind, daß es in den nächsten 15 Jahren noch günstiger ist, die Stromproduktion anderer Kraftwerke an das schwankende Ökostromangebot anzupassen und das europäische Stromnetz auszubauen. In Einzelfällen kann man auch Ökostromanlagen auch abschalten.

Quelle FAZ 15.9.14

Totalherbizid "Roundup"

Das Totalherbizid "Roundup" wird von Monsanto hergestellt und zusammen mit genveränderten Pflanzen eingesetzt. Von der europäischen Aufsichtsbehörde EFSA wird eine Gesundheitsgefährdung bestritten, jedoch wird bei Prüfungen nicht die Herbizidmischung getestet, sondern nur der Wirkstoff.

PAN Europa hat herausgefunden, daß in Roundup auch Benetzungsmittel enthalten sind, so daß alle äußeren Grenzschichten der Pflanze für den Wirkstoff Glyphosat durchlässig werden. Ohne diese Hilfs-Stoffe für das Eindringen der Gifte in die Pflanzen, bliebe Roundup als Herbizid wirkungslos.

Viele Pestizide stören das Hormonsystem von Säugetieren. Man stellte fest, daß Roundup die Gen-Expression in Sperma-Zellen verändert.

Quelle: www.gmwatch.org, Pesticide Action Network Europe www.pan-europe.info, www.attac-bielefeld.de

Lebensmittel-Kennzeichnung

Die „Deutsche Lebensmittelbuchkommission“ legt die Kennzeichnungen fest, aus was und auf welche Weise ein Lebensmittel hergestellt werden muss, und wie sie dann bezeichnet werden darf. Ob Fruchtjoghurt, Limo, Würstchen. Diese Kommission tagt geheim und in ihr sitzen die Vertreter der großen Lebensmittelkonzerne wie z.B. Unilever.

Quelle: www.foodwatch.de

neue herbizidfeste Genpflanzen

Das US-Landwirtschaftsministerium hat sich dafür ausgesprochen, weitere gentechnisch veränderte Mais- und Sojapflanzen zuzulassen. Diese sind dann gegen das Herbizid Glyphosat resistent sowie gegen die schon alten Herbizide 2,4-Dichlorphenoxyessigsäure oder Dicamba. Bislang waren Glyphosate das meistverkaufte Spritzmittel der Welt. Doch da in den USA auch die Unkräuter gegen Glyphosat widerstandsfähig geworden sind, haben die Agrochemie-Konzerne nun Pflanzen entwickelt, die auch mit anderen Ackergiften besprüht werden können. Auch hier wird sich die Natur anpassen – während der Giftcocktail immer toxischer wird.

In den USA hat herbizidfestes Gensoja einen Marktanteil von 94%. Bei Mais und Baumwolle liegt der Gentechnik-Anteil in den USA dieses Jahr bei 93 bzw. 96%.

Quelle: www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik.html 13.08.14

Antibiotika in der Tierhaltung

1.619 Tonnen Antibiotika kauften die Tierärzte 2012 von der Pharmaindustrie. Die frühere Landwirtschaftsministerin Aigner wollte das Problem mit einer Verschärfung des Arzneimittelgesetzes lösen. Aber verändert hat sich kaum etwas. Seit dem 1. Juli müssen Landwirte jetzt den Behörden zwar melden, wie viele Antibiotika sie einsetzen. Aber nur die Betriebe, die noch mehr verwenden als der ohnehin schon viel zu hohe Durchschnitt, müssen das auch reduzieren.

Die Fleischindustrie setzt weiterhin auf Masse, um möglichst günstig produzieren zu können. Also werden Tierbestände immer größer. Gab es 1999 durchschnittlich noch 185 Schweine in einem Betrieb, waren es 2013 schon 584, mehr als das Dreifache. Bei den

Hühnern waren es früher durchschnittlich 360 pro Betrieb und 2013 schon 2.840, achtmal so viel. Der Fleischexport hat sich in Deutschland in den letzten elf Jahren mehr als verdoppelt, um unglaubliche 126 %.

Die vielen Antibiotika können sogar für den Menschen gefährlich werden. Denn die Antibiotika im Stall fördern resistente Keime, die vom Tier auf den Menschen übertragen werden. Wird so ein Mensch dann krank, können die Resistenzen dazu führen, dass Antibiotika im Krankenhaus nicht mehr wirken.

Über die Gülle, die auf Feldern als Dünger benutzt wird, können Antibiotika in den Boden gelangen und dort Krankheitserreger im Boden fördern. Über rohes Gemüse wie Salat können die Krankheitserreger, die durch das Antibiotikum gefördert werden, auch in den menschlichen Körper gelangen.

Entgegen allen Agrarindustrie- und Bauernverbands-Behauptungen belegen Studien des Bundesamts für Risikobewertung (BfR) eindeutig den Zusammenhang zwischen Antibiotika-Resistenzen einerseits und Betriebsgrößen und Haltungsform andererseits: Im Tagungsband zum BfR-Symposium zur „Antibiotikaresistenz in der Lebensmittelkette“ (November 2013) werden die Ergebnisse des Resistenz-Monitorings (2009 bis 2012) hinsichtlich des Vorkommens resistenter Bakterien bei den Nutztierarten folgendermaßen beziffert: 90% bei Masthähnchen und Mastputen, 82% bei Mastkälbern, 76% bei Mastschweinen, 37% bei Legehennen und 19% bei Milchrindern. Laut einer BfR-Metaanalyse zu „Risikofaktoren für MRSA in der Tierproduktion“ (2013) von Fromm, Beisswanger und Tenhagen gibt es MRSA-positive Herden zu folgenden Prozentsätzen in den unterschiedlichen Bestandgrößen der Schweinemast: zu 71,4% in Betrieben mit mehr als 5.000 Mastplätzen, zu 67,1% zwischen 1.000 und 5.000 Mastplätzen, zu 58,4% zwischen 500 und 1.000 Mastplätzen und zu 27,5% in Betrieben mit weniger als 500 Mastplätzen. In geschlossenen Systemen (Ferkelerzeugung und Mast) fand man mit 38,9% deutlich weniger MRSA-positive Herden als bei spezialisierten Mastbetrieben, bei Öko-Schweinebetrieben nur 13%.

Quelle: www.tagesschau.de, KTBL-Tagung

Umdeklaration bei Neuland

Mit dem Neuland-Siegel wird Fleisch von artgerechter Tierhaltung gekennzeichnet. Jetzt fan man heraus, daß systematisch getäuscht wurde.

Um Agrarindustrie-Farmen auszuschließen, schreibt der Verein vor, dass ein Neuland-Betrieb maximal rund 80.000 Hähnchen pro Jahr erzeugen darf. Doch zuweilen lag die Liefermenge bei etwa 100.000.

Fast über 1,5 Jahre wurden insgesamt schätzungsweise 60.000 Hühnchen von sechs französischen Höfen ohne Neuland-Zertifizierung verkauft. Auch Lämmer habe Neuland Süd aus einer nicht lizenzierten Schäferei bekommen.

Quelle: taz 7.7.14

Grundwasser belastet

Angesichts der Belastungen des Grundwassers durch die Landwirtschaft will Niedersachsen sich mit anderen Ländern für ein strengeres Düngerecht einsetzen. Das kündigte Landesumweltminister Stefan Wenzel (Grüne) am Mittwoch bei einer Veranstaltung des Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz in

Cloppenburg an.

Grundwassers deutlich zu reduzieren oder zu vermeiden. Neben Nitrat als Folge von Düngung stellen die Experten mittlerweile auch Rückstände von Pflanzenschutzmitteln sowie von Tierarzneimitteln im Grundwasser fest. Das Umweltbundesamt habe an zwei Stellen höhere Konzentrationen von Tierantibiotika im Grundwasser festgestellt, eine davon habe im Landkreis Cloppenburg gelegen, hieß es.

Quelle: 9.7.14

Nitratbelastung: EU droht Berlin mit Klage

Die EU-Kommission verlangt von Deutschland zusätzliche Maßnahmen gegen die Verunreinigung von Wasser durch Nitrate.

Der erlaubte Grenzwert von 50 mg Nitrat pro Liter Wasser sei in Deutschland zwischen 2008 und 2011 an gut der Hälfte aller Messstellen überschritten worden, teilte die Kommission mit. Im Vergleich zu den Vorjahren sei der Nitratgehalt an 40% der Messstellen sogar gestiegen. Deutschland habe für November 2014 Maßnahmen in Aussicht gestellt.

Das bundesweit repräsentative Messnetz zeige, dass "der strenge Trinkwassergrenzwert für Nitrat an über 85% der Messstellen eingehalten werde.

Quelle: 11.7.14 , www.agrarheute.com/ah-recht

IPCC-Bericht

John Broome ist Ethik-Professor an der Universität Oxford und Autor eines Standardwerks über moralische Fragen des Klimawandels. Vor drei Jahren berief ihn der IPCC in das Autorenteam für den aktuellen 5. Sachstandsbericht.

In dem Text berichtet der Autor, wie seine Arbeit der letzten 3 Jahre der Zensur zum Opfer fällt, denn die Zusammenfassung des Berichts unterliegt einer umfangreichen Mitsprache der Regierungsvertreter. Der vollständige Artikel:

www.klimaretter.info/forschung/hintergrund/16535-qdie-saetze-wurden-uebel-zugerichtetq
15.6.14

Klimawandel

Der Ausstoß von Treibhausgasen steigt um jährlich drei Prozent und der Anteil der Landfläche, der von extrem heißen Temperaturen betroffen ist, steigt jährlich. Die Meere nehmen die Hitze nach und nach auf.

Die zunehmenden sommerlichen Hitzewellen sind aber auch auf Schwankungen bei bestimmten Ozeanströmungen zurückzuführen. Bei einem niedrigen CO₂-Gehalt in der Atmosphäre treten diese Hitzewellen schwächer und seltener auf.

Die Autoren gehen deshalb davon aus, dass sich Frequenz und Stärke der Hitzewellen mit dem steigenden CO₂-Ausstoß in den kommenden Jahren noch erhöhen wird. Durch Resonanzeffekte können sich auch globale Luftströmungen so aufschaukeln, daß es zu Wetterextremen kommt.

Quelle: <http://green.wiwo.de/untersuchung-zeigt-treibhausgase-verstaerken-hitzewellen/>
Mehr Wetterextreme durch Aufschaukeln riesiger Wellen in der Atmosphäre
www.sonnenseite.com 12.8.14, PIK

Smartphone-Sicherheit

Die Experten des deutschen Sicherheitsherstellers G DATA haben erstmalig ein Smartphone entdeckt, das bereits ab Werk mit einem umfassenden Spionageprogramm ausgeliefert wird. Die Malware ist als Google Play Store-Dienst getarnt und Teil der vorinstallierten Geräte-Software. Das Spionageprogramm arbeitet im Hintergrund und ist für Nutzer nicht zu entdecken. Unbemerkt vom Anwender sendet das Smartphone persönliche Daten an einen in China befindlichen Server und ist in der Lage, heimlich weitere Anwendungen verdeckt zu installieren. So können persönliche Daten abgerufen, Gespräche belauscht, Online-Banking Daten, E-Mails und SMS gelesen oder Kamera und Mikrofon ferngesteuert werden. Der chinesische Hersteller Star fertigt das betroffene Modell „N9500“, das in seinem Aussehen an das Smartphone eines namhaften Herstellers erinnert. Eine Deinstallation der manipulierten App und des Spionageprogramms ist nicht möglich, da diese in die Firmware des Geräts integriert ist. Das Android-Gerät ist bei großen Online-Händlern zu Preisen zwischen 130 und 165 Euro erhältlich und wird europaweit vertrieben.

Über das Spionageprogramm können auch Kriminelle heimlich Apps installieren, wodurch das gesamte Spektrum an Missbrauch möglich ist.

Quelle: www.gdata.de/pressecenter/artikel/android-smartphone-von-werk-aus-mit-spionageprogramm-ausgestattet.html 16.6.14

hormonell wirksame Chemikalien

Laut einem neuen Bericht, den die Health and Environment Alliance (HEAL) in Brüssel vorgestellt hat, könnten in der EU bis zu 31 Mrd. Euro Gesundheitsausgaben vermieden werden, wenn die Belastung mit hormonell wirksamen Chemikalien, den sogenannten "endokrinen Disruptoren", reduziert wird. Diese Chemikalien, denen wir alle täglich ausgesetzt sind, kommen in Lebensmitteln, Plastik, Kosmetik- und Elektronikprodukten sowie in Pestiziden vor.

Quelle: www.global2000.at/weitere-informationen-zur-heal-studie-und-zum-thema-endokrine-disruptoren

www.sonnenseite.com 23.6.14

Pestizide

Die weltweit am häufigsten verwendeten Insektizide gefährden die weltweite Nahrungsmittelproduktion. Das geht aus einer im Guardian veröffentlichten, umfassenden wissenschaftlichen Studie über die Umweltauswirkungen von Neonicotinoiden und Fipronil hervor.

Im Rahmen eines internationalen Forschungsprogramms wurde festgestellt, daß systemische Insektizide in den Böden, im Wasser und damit in fast allen Lebensräumen anreichern und zu einem Rückgang von Bienen, anderen Bestäubern, wasserlebenden Insekten, Insekten fressender Vögel und Bodenorganismen führen. Da drei Viertel der Pflanzen von Bestäubern abhängig sind und überdies auch Organismen geschädigt werden, die für die Bodengesundheit von entscheidender Bedeutung sind, stellt der Einsatz dieser Pestizide laut den Wissenschaftlern eine Gefährdung der weltweiten Lebensmittelproduktion dar.

Quelle: Global2000, www.sonnenseite.com 2.7.14

Überfischung

Zehn EU-Staaten, die 2013 ihre Fangquoten überschritten haben, müssen 2014 eine Kürzung ihrer Fangquoten für die betreffenden Bestände hinnehmen. Die diesjährigen Quotenkürzungen betreffen Belgien, Dänemark, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, die Niederlande, Polen, Portugal und Großbritannien.

Die Kommission gibt an, dass diese jährlich erfolgenden Kürzungen die Schäden, die den im Vorjahr überfischten Beständen zugefügt wurden, umgehend ausgleichen und eine nachhaltige Nutzung gemeinsamer Fischereiresourcen durch die Mitgliedstaaten gewährleisten. Im Vergleich zum vorangegangenen Jahr ging die Zahl der Kürzungen um 22 % zurück.

www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/fischratgeber_2014_ansi.html_einzelseiten.pdf

http://ec.europa.eu/fisheries/cfp/fishing_rules/tacs/info/quota-deductions-for-2014.pdf

sonnenseite.com 15.8.14

Waldschäden

Eine von der österreichischen Universität für Bodenkultur Wien (BOKU) geleitete internationale Studie konnte nun zeigen, dass Schäden durch Wind, Feuer und Borkenkäfer in Europas Wäldern stark zunehmen.

Störungen im Wald haben einen starken Rückkoppelungseffekt auf den Klimawandel.

Quelle: Universität für Bodenkultur Wien, "Increasing forest disturbances in Europe and their impact on carbon storage", <http://dx.doi.org/10.1038/nclimate2318>

Elektromobilität

Der Entwurf eines Elektromobilitätsgesetzes (EMoG), den das Bundesverkehrsministerium in Zusammenarbeit mit dem Bundeumweltministerium vorgestellt hat, soll die Grundlage für eine Förderung von Elektrofahrzeugen im Straßenverkehr schaffen. Das Gesetzgebungsverfahren soll aber noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Voraussichtlich im Herbst wird der Bundestag darüber entscheiden. Im Februar soll das EMoG in Kraft treten.

Mit dem Elektromobilitätsgesetz sollen erstmals Elektro- und Hybridfahrzeuge im Straßenverkehr Vorteile beim Parken, bei Parkgebühren, bei der Benutzung der Busspuren und durch Ausnahmen von Zufahrtsbeschränkungen oder Durchfahrtsverboten bekommen. Diese Fahrzeuge bekommen ein angehängtes "E" im polizeilichen Kennzeichen.

Der BUND kritisiert die fehlende umweltpolitische Ausrichtung. Würden beispielsweise wie vorgesehen Busspuren für Hybrid- und Elektrofahrzeuge freigegeben, behinderten diese Busse und gefährdeten Radfahrer. Verkehrsminister Dobrindt will auch große und schwere Hybridautos auf Busspuren fahren lassen. Das bevorteilt bis zu drei Tonnen schwere Hybride gegenüber sparsamen Benzinern, die normale Fahrspuren benutzen müssen. Im Gesetzesentwurf fehlt jede Vorgabe zum Höchstgewicht der Autos und es fehlen Kriterien für die Antriebsenergien Strom und Wasserstoff, so der BUND. Ein Hinweis auf die Verwendung erneuerbare Energien fehlt im Entwurf.

Dringend erforderlich wären stattdessen strengere Verbrauchsvorgaben für sämtliche

Neufahrzeuge, stärkere Anreize zum Umstieg vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel und Fahrräder sowie deutschlandweit einheitliche Regeln zur Einrichtung von Carsharing-Parkplätzen, erklärt die Umwelt- und Naturschutzorganisation.

Der ZDK fordert die Möglichkeit einer Sonderabschreibung bei gewerblich genutzten Fahrzeugen in Höhe von 50% der Anschaffungskosten im ersten Jahr der Nutzung.

Unabdingbar sei ferner die Schaffung einer Ladeinfrastruktur, die für alle Elektrofahrzeuge genutzt werden könne.

Quelle: www.springerprofessional.de 20.8.14

Verkehrsprognose 2030

Die aktuellen Daten sagen kräftige Zuwächse der Verkehrsleistung in Deutschland voraus. Gegenüber 2010 wird der Güterverkehr (Tonnen-km) um 38% zunehmen, der Personenverkehr (Personen-km) um 13%.

Beim Güterverkehr macht sich die weiterhin hohe Dynamik des internationalen Handels mit seinen Auswirkungen auf grenzüberschreitende (+ 42%) und Transitverkehre (+ 52%) deutlich bemerkbar; auch der Binnenverkehr wächst stark an (+ 31%). Die Bahn wird mit rd. 43% den stärksten Zuwachs bei der Verkehrsleistung haben, gefolgt vom Lkw mit rd. 39% und dem Binnenschiff mit rd. 23%.

Der motorisierte Personenverkehr wird weiter zunehmen - trotz abnehmender Einwohnerzahl. Der Zuwachs beim Pkw-Verkehr um rund 10% ist vor allem auf eine höhere "Automobilität" der älteren Bevölkerungsgruppen zurückzuführen. Der öffentliche Straßenpersonenverkehr inkl. der Fernbuslinien steigt um 6%. Bahnverkehre nehmen um rund 19% zu. Mit einem Anstieg um rund 65% ist beim Luftverkehr zu rechnen.

Quelle: www.sonnenseite.com 12.6.14

www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/UI/verkehrsprognose-2030.html

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2014

Europäische Bankenunion

Das Bundeskabinett hat ein Paket von vier Gesetzen zur Umsetzung der europäischen Bankenunion in deutsches Recht verabschiedet. Bei künftigen Bankenrettungen würden zunächst vor jeder anderen Maßnahme die Eigentümer und Gläubiger zur Deckung von Verlusten herangezogen. Danach soll der Abwicklungsfonds der Banken haften. Am Ende steht der Euro-Rettungsfonds ESM, der eigentlich nur zur Stabilisierung von finanziell angeschlagenen Euro-Staaten gedacht war.

Die Monopolkommission warnt aber vor Schlupflöchern. Es gebe ganze Kataloge, um von der Gläubigerhaftung abzuweichen. Zudem sei der Bankenabwicklungsfonds, der bis 2024 mit 55 Milliarden Euro gefüllt sein soll, unterdimensioniert. Außerdem mahnte die Monopolkommission die Schaffung einer besonderen Banken-Fusionskontrolle an. Nationale Abwicklungsbehörde wird zunächst die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung. Die nationale und europäische Finanzaufsicht, Bafin und Europäische Zentralbank (EZB), haben aber das Recht, über die Schließung einer Bank zu entscheiden.

Da der europäische Abwicklungsfonds nur schrittweise kommt, wird der deutschen Bankenrettungsfonds Soffin bis Ende 2015 verlängert. Ab Anfang 2015 soll vor einer staatlichen Rekapitalisierung Anteilsinhaber und Gläubiger herangezogen werden.

Die Deutsche Bundesbank beklagt sich unterdessen, dass sie künftig mit den europäischen Bankenaufsehern nicht mehr auf Augenhöhe sein werde. In Deutschland habe sich die Aufgabenteilung bewährt, dass die Bundesbank die laufende Bankenaufsicht verantworte und die Banken prüfe, während die Bafin entscheide, ob sie gegen Banken vorgehe. In der neuen europäischen Bankenaufsichtswelt rückt die Bundesbank jedoch in die zweite Reihe. Sie muss, wenn sie der EZB als Bankenaufseher berichten will, über den Umweg Bafin gehen. Es sei keine gute Idee, dass der direkte Berichtsweg der Bundesbank an die EZB gekappt werde.

Quelle: FAZ 9.7.14

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/bankenunion-bundeskabinetts-beschliesst-umsetzung-in-deutsches-recht-13036709.html>

Internalisierung

Die Heinrich-Böll-Stiftung und das Climate Justice Programme haben einen Bericht „Carbon Majors Funding Loss and Damage“ veröffentlicht.

Der Carbon Majors Report wurde erstmals im November 2013 veröffentlicht. Dieser bahnbrechende Bericht ist das Ergebnis einer achtjährigen Recherche von Rick Heede, der hierfür die historischen Emissionen der 90 größten Öl-, Gas- und Kohlekonzerne sowie der größten Zementproduzenten aggregiert hat, um zu zeigen, dass die fossilen Energieträger, die sie gefördert und der Zement, den sie produziert haben, für 63% der globalen Emissionen verantwortlich sind. Die drei größten Klimasünder sind ChevronTexaco mit 3,51% der globalen Emissionen, ExxonMobil mit 3,21% und Saudi Aramco mit 3,17%. RWE steht mit 0,47% an 23. Stelle, die RAG mit 0,08% an Stelle 62 und HeidelbergCement verantwortet 0,04%.

Die Mengen an Kohle, Erdöl und Erdgas, die von gerade einmal 83 Unternehmen gefördert werden sowie der Zement, den weitere 7 Unternehmen herstellen, sind zusammen für zwei Drittel der seit Beginn der Industrialisierung produzierten globalen Treibhausgase verantwortlich.

Um die Unternehmen künftig für den verursachten Schaden in die Pflicht zu nehmen, sollen sie in einen Fonds für die Opfer des Klimawandels einzahlen.

Die Autorinnen des Berichts, Julie-Anne Richards und Keely Boom vom Climate Justice Programme, schlagen die Erhebung einer Abgabe auf fossile Energieträger vor: „Die Unternehmen sollten bis 2020 etwa 50 Milliarden US Dollar zur Verfügung stellen. Man könnte mit ungefähr 2 US-Dollar pro Tonne CO₂ starten“, sagt Julie-Anne Richards. Momentan tragen vor allem die Ärmsten die Kosten des Klimawandels.

Quelle: www.sonnenseite.com 10.6.14